

Treiben sie Moskaus Kriegsmaschinerie an? Die USA und Europa kaufen russische Energieexporte in Rekordmengen

Beim Krieg in der Ukraine ging es von Anfang an darum, einen Stellvertreterkrieg zu schüren, um Russland zu besiegen.

16. Oktober 2026 | Editorial

Die Widersprüche sind absurd, geben jedoch Aufschluss über den kriminellen Stellvertreterkrieg, den die USA und die europäischen Mächte unter dem Deckmantel der „Verteidigung der Ukraine“ gegen Russland geführt haben.

Die westlichen Sanktionen gegen Russland – das am stärksten sanktionierte Land der Welt – sollten Moskau angeblich für seine angebliche „unprovozierte Aggression“ gegen die Ukraine bestrafen.

Die USA haben kürzlich ein „Sanktionsgesetz aus der Hölle“ zu Ehren des verstorbenen Kriegstreibers Senator Lindsey Graham verabschiedet, das darauf abzielt, die russische Wirtschaft zu zerstören, vor allem durch die Unterbindung ihrer Energieexporte.

Ebenso hat die EU in den vergangenen vier Jahren mehr als 20 Sanktionsrunden gegen Russland verhängt, angeblich ebenfalls, um russische Öl- und Gasexporte zu blockieren. Die EU hat angekündigt, alle Energieimporte aus Russland bis Ende dieses Jahres einzustellen.

Die offizielle Begründung aus Washington und den europäischen Hauptstädten lautet, Russland für seine angebliche Invasion und Verletzung der Souveränität der Ukraine zu bestrafen. Westliche Embargos gegen die russische Wirtschaft wurden unmittelbar nach dem Beginn der „militärischen Sonderoperation“ Moskaus im Februar 2022 verkündet. (Der wahre Hintergrund dieser „militärischen Sonderoperation“ – über den in den westlichen Medien nicht berichtet wurde – war der von der NATO unterstützte Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 sowie die Bewaffnung von Neonazis, um einen Stellvertreterkrieg gegen Russland zu führen.)

Die USA und die EU sowie natürlich Großbritannien stellten den Versuch einer Wirtschaftsblockade gegen Russland als Beweis dafür dar, dass der Westen das Völkerrecht durchsetzt und die Ukraine unterstützt. Letztere wird in den westlichen Medien als unschuldige Jungfrau der Demokratie dargestellt, die von einem sabbernden russischen Tyrannen angegriffen wird.

Kurz gesagt: Die Sanktionen werden der westlichen Öffentlichkeit als plausibler Weg verkauft, um „Russlands Kriegsmaschinerie“ unschädlich zu machen. Könnten Moskaus Öl- und Gasexporte unterbunden werden, so die zweifelhafte Logik, wäre Russland nicht in der Lage, seine Kriegshandlungen in der Ukraine fortzusetzen.

Lächerlicherweise liegt diese vermeintlich edle westliche Begründung diese Woche jedoch in Trümmern, nachdem das US-Finanzministerium die Sanktionen gegen russische Dieselexporte für

die nächsten sechs Monate aufgehoben hat, um die weltweiten Ölvorräte anzukurbeln und die explodierenden Energiepreise einzudämmen.

Ein weiterer vernichtender Schlag gegen die Fassade der westlichen „Prinzipien“ war die Enthüllung des russischen Energieministers Alexander Novak, dass die EU weiterhin russische Energieexporte in fast dem gleichen Umfang wie vor dem Krieg gekauft hat. Und dazu herrscht in den westlichen Medien natürlich Schweigen!

Seit 2022 hat die EU russische Kohlenwasserstoffe im Wert von insgesamt 320 Milliarden Dollar gekauft. Um diese Ausgaben ins rechte Licht zu rücken: Das übersteigt bei weitem die Summe, die die europäischen Regierungen [laut EU-Angaben](#) an die Ukraine gespendet haben, nämlich rund 226 Milliarden Dollar.

Was für ein Widerspruch! Die europäischen Regierungen schütten Hunderte von Milliarden an Steuergeldern in die Ukraine, angeblich damit sie sich gegen Russland verteidigen kann, doch dieselben Regierungen geben Russland viel, viel mehr, indem sie dessen Energieressourcen kaufen. Um es mit ihren eigenen Worten zu sagen, Brüssel und andere europäische Hauptstädte „treiben die russische Kriegsmaschinerie an“.

Was die USA angeht, so verhalten sie sich ebenso doppelzüngig. Die Amerikaner sprengten 2022 die NordStream-Pipeline, damit Europa nicht der Abhängigkeit vom russischen Öl ausgeliefert wäre. Washington verhängte zudem Sanktionen gegen russische Energielieferungen, während es gleichzeitig seine teureren Gasexporte nach Europa erhöhte. Doch am vergangenen Freitag, dem 9. Oktober, verkündete Präsident Donald Trump zur Bestürzung und Besorgnis der Europäer und der Ukraine, er habe mit Wladimir Putin eine Vereinbarung getroffen, 3,5 Millionen Tonnen russischen Diesel auf den Weltmarkt zu bringen, um den Druck auf die erdrückenden Kraftstoffpreise zu mildern.

Was ist eigentlich aus den US-Gesetzen gegen den „Handel mit dem Feind“ geworden?

Natürlich sehnt sich Trump verzweifelt nach Entlastung angesichts der rekordhohen Kraftstoffpreise, die eine Folge seiner kriminellen Aggression gegen den Iran und der von diesem als Vergeltungsmaßnahme vorgenommenen Sperrung der Ölroute durch den Persischen Golf sind. Da die Kongresswahlen zur Halbzeit der Legislaturperiode nur noch drei Wochen entfernt sind, versucht Trump, die verärgerten amerikanischen Verbraucher zu besänftigen und seine Republikanische Partei vor einer Wahlniederlage zu bewahren, die seiner Präsidentschaft schaden würde.

Aus reinem Opportunismus hofft Trump, dass russische Deselexporte ihm politisch den Hals retten. Einige Beobachter mögen sich fragen, ob Moskau Trump diesen Gefallen tun sollte, wenn man bedenkt, dass Washington das neonazistische Regime in Kiew mit Raketen und Geheimdienstinformationen ausstattet. Vielleicht rechnet der Kreml damit, dass Trump endlich ein Friedensabkommen in der Ukraine auf die Beine stellen könnte.

Ein weiterer kluger Schachzug Moskaus könnte darin bestehen, dass der Diesel-Deal mit Trump eine Welle gegenseitiger Vorwürfe aus Europa und der Ukraine ausgelöst hat, was die transatlantische Achse erheblich untergräbt. Ist das politisches Judo von Putin?

Die europäischen NATO-Partner und der Marionettenpräsident von Kiew, Wolodymyr Selensky, reagierten mit beispiellosen Beleidigungen und Trotz gegenüber Trump. Sie warfen dem amerika-

nischen Staatschef Verrat vor und bescheinigten ihm, auf der Seite Russlands zu stehen. Auch in Washington wurde Trump wegen „Verrats“ heftig kritisiert.

Trump und seine Berater schlugen wütend zurück und taten die Europäer angesichts ihrer eigenen Rekordkäufe russischer Energieexporte als „Heuchler“ ab. Trump forderte sogar, Selensky durch jemanden zu ersetzen, mit dem er zusammenarbeiten könne.

Selensky seinerseits legte noch eine Schippe drauf, beschimpfte Trump als „schwach“ und warf ihm vor, das Leben der Ukrainer zu gefährden. Er weigerte sich, die ukrainischen Luftangriffe auf russische Öltraffinerien einzustellen, wie es das Weiße Haus gefordert hatte. Und der kleine, geldgierige Drogen-Führer versuchte zudem, Trump zu erpressen, indem er andeutete, er würde die Luftangriffe auf die russische Energieinfrastruktur einstellen, wenn das Pentagon mehr Patriot-Raketen liefern würde.

Trumps Wut auf Selensky und seine europäischen Gönner ist explodiert. Er betrachtet deren Behinderung seines Diesel-Deals mit Russland nicht nur als heuchlerisch, sondern auch als politischen Angriff auf seine Präsidentschaft im Vorfeld der entscheidenden Zwischenwahlen im November.

Das Debakel ist eine große Farce. Das Gehabe der Amerikaner und Europäer wird als das entlarvt, was es ist: ohne jegliche Prinzipien oder echte Motive. Es ist eine Plage für sie alle.

Sowohl die USA als auch ihre europäischen Partner kaufen russische Energie wie nie zuvor, um ihre angeschlagenen Volkswirtschaften am Laufen zu halten. Die Sanktionen, die sie gegen Russland verhängt haben, hatten nie etwas mit der „Wahrung des Völkerrechts“ oder der „Verteidigung der Ukraine“ zu tun.

Nach ihrer eigenen unaufrichtigen Logik befeuern die NATO-Staaten die russische Kriegsmaschinerie, indem sie weiterhin wie gewohnt russisches Öl und Gas kaufen.

Dieser Widerspruch wiederum entlarvt den Betrug des Krieges in der Ukraine. Es ging nie darum, die „demokratische Ukraine“ – eine korrupte Neonazi-Diktatur – oder die europäische Sicherheit vor einer russischen „Bedrohung“ zu verteidigen.

Bei dieser ganzen mörderischen Episode ging es stets darum, einen Stellvertreterkrieg zu schüren, um Russland zu besiegen. Diese verdeckte Politik ist ein gigantisches Angriffsverbrechen, das Millionen Menschenleben gekostet und die westlichen Gesellschaften in den Bankrott getrieben hat. Darüber hinaus handelt es sich um eine völlig gescheiterte Politik, die westliche Regierungen vertuschen, um sich der Rechenschaftspflicht zu entziehen. Zerstörung und Täuschung gehen Hand in Hand.

Umso verheerender ist, dass diese Farce schon vor Jahren leicht hätte aufgedeckt werden können, wenn die westlichen Nachrichtenmedien tatsächlich über Fakten berichtet hätten, anstatt als Propagandadienst zu fungieren, der sie ganz offensichtlich sind, um die kriminelle Aggression ihrer imperialistischen Herren zu ermöglichen.